

Heidelberger Programm: Wegweisende Europa- und Friedenspolitik

Schon vier Jahre später, nachdem sich auf dem Nürnberger Parteitag 1922 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) und die Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands (MSPD) wiedervereinigt hatten, gab sich die SPD 1925 das Heidelberger Programm.

Neben Bekenntnissen zur demokratischen Republik, zum Kampf der Arbeiterklasse und der Umwandlung des kapitalistischen Privateigentums in gesellschaftliches Eigentum wiesen im Heidelberger Programm insbesondere die Forderungen zur internationalen Politik weit in die Zukunft. Hier machte sich die SPD etwa für die Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit und für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa ebenso stark wie für "die Demokratisierung des Völkerbundes und seine Ausgestaltung zu einem wirksamen Instrument der Friedenspolitik".

Görlitzer Programm: Programmatische Öffnung

Das 1921 beschlossene Görlitzer Programm bekannte sich explizit zur Weimarer Republik und skizzierte bereits die Grundzüge einer linken Volkspartei, die für alle Teile der arbeitenden Bevölkerung offen stehen sollte. Erklärtes Ziel war es, von nun an auch Wählerschichten außerhalb des Proletariats anzusprechen. Strittig ist unter Historikern dennoch, ob das Görlitzer Programm angesichts der programmatischen Öffnung bereits als Vorläufer des späteren Godesberger Programms angesehen werden kann.

Erfurter Programm: Marxistische Theorie und reformistische Praxis

1890 lief das erstmalig 1878 beschlossene und immer wieder verlängerte "Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" aus. Damit war es für Sozialdemokraten wieder möglich, sich auch außerhalb der Reichs- und Landtagsfraktionen und durch die aktive und passive Teilnahme an Wahlen politisch zu betätigen. Auf dem 1891 in Erfurt abgehaltenen Parteitag gab sich die in

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) umbenannte Partei das Erfurter Programm, das sich wieder deutlicher an Marx orientierte, gleichzeitig aber die reformistische Praxis mit klaren Zielmarken unterstrich. So wurde unter anderem das Verbot von Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren gefordert.

Gothaer Programm: Vereint gegen soziale und politische Ungleichheit

Auf dem Kongress von 1875 in Gotha schlossen sich der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) und die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands (SDAP) zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) zusammen, um gemeinsam den zunehmenden staatlichen Repressionen zu begegnen. Das hier beschlossene Gothaer Programm war nicht marxistisch-theoretisch fundiert, enthielt aber zugespitzte Aussagen zur "Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gesellschaft" und zur "Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit".

Eisenacher Programm: Abschaffung der Klassenherrschaft

Den Beginn politischer Parteibildung der deutschen Arbeiterbewegung markiert das Jahr 1863, als Ferdinand Lassalle die Arbeiterklasse aufforderte, sich als selbstständige politische Kraft zu konstituieren und sich insbesondere für das allgemeine und direkte Wahlrecht stark zu machen. Der im selben Jahr von ihm gegründete ADAV setzte sich ebenso wie August Bebel und Wilhelm Liebknecht, beide überzeugte Anhänger von Karl Marx, für das Selbstbestimmungsrecht des Volkes ein.

Auf ihre Initiative hin konstituierte sich 1869 in Eisenach die SDAP. Das dort verabschiedete Eisenacher Programm war ein Plädoyer für gleiche Rechte und Pflichten sowie für die Abschaffung der Klassenherrschaft. Als grundsätzliches Ziel formulierte der SDAP-Gründungskongress die Schaffung des "freien Volksstaats".